

Die Wurzel der Finanzkrisen

So viel Finanzkrise war schon lange nicht mehr. In diesem Sommer scheinen die Krisen zu kulminieren: Verschuldungskrise in den USA, Eurokrise, noch nicht endgültig überwundene Bankenkrise – das sind nur einige Stichworte. Gesamtwirtschaftliche Rückschläge und fehlende wirtschaftspolitische Koordination befeuern die Spekulation über die Zukunft Europas und die der Weltfinanzmacht USA. Da helfen auch nicht Bestrebungen, dem Marktgeschehen durch Rettungsschirme, Eurobonds oder eine wenig konturreiche Europäische Wirtschaftsregierung entgegenzutreten. Dabei sind das anspruchsvolle Ideen, die es unbedingt zu Ende zu denken gilt. Die Zeit der Diskussionen aber war gestern, aktuell braucht der Markt weit mehr als feinsinnige Absichtserklärungen. Signale und Taten sind nötig. Und zwar solche, die das Übel an der Wurzel packen.

Die Märkte reagieren auf die politische Hilflosigkeit mit Kurskorrekturen: Aktien verlieren an Wert, Ratings werden nach unten angepasst. Die Marktmacht dieser Ratingagenturen ist ein Indiz für Marktversagen – das wird auch in der neoklassischen Ökonomik so gesehen. Regulierung ist daher dringend erforderlich. Doch der Staat regiert schon lange nicht mehr ordnend in diese Marktsegmente hinein, sondern die Märkte scheinen die wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen zu diktieren. Da würde die Einführung von Eurobonds bestenfalls kurzfristig lindernd wirken. Der Spekulation wird so kein Ende gesetzt.

Spekulationsblasen entstehen auch durch Vermögensumschichtungen und günstige Kreditkonditionen. In vielen Ländern können vermögende private Haushalte von der Grundannahme profitieren, dass niedrige Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuersätze die Wirtschaft ankurbeln. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Der Steuersenkungswettbewerb in Europa ist eine der wesentlichen Ursachen für die hohen Staatsschulden und die verteilungspolitischen Verwerfungen in einzelnen Volkswirtschaften. Das wird häufig vergessen.

In diesem Gefüge bieten die Einführung einer weitreichenden Finanztransaktionssteuer sowie die Neugestaltung der Vermögensteuer wichtige und pragmatische Ansatzpunkte. Die Finanztransaktionssteuer ist schon deshalb wichtig, um das Tempo aus dem Markt zu nehmen. In der Vergangenheit wurde vielfach gefordert, die möglichen Einnahmen aus der Transaktionssteuer zur Umverteilung zu nutzen. Wenn jetzt eine solche Steuer zur Finanzquelle für EU-Politik werden soll, ist die entscheidende Frage, wohin diese Politik zielen will. Das gleiche gilt für die angedachte Wirtschaftsregierung. Welche Politikbereiche sollen in deren Verantwortung liegen? Bislang sind hier viele Fragen offen.

Auf der politischen Ebene der Eurozone wird nach wie vor eine von nationalstaatlichen Interessen geprägte Debatte um die Übernahme der Krisenkosten geführt. Dabei verstreicht wichtige Zeit; die Gesamtkosten der Problembewältigung stei-

gen. Einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation könnte bürgerschaftliches Engagement auf hohem Niveau bieten; das hat sich auch schon in anderen Bereichen gezeigt, beispielsweise bei der Korruptionsbekämpfung und in der Ökologie. Die Gründung von Nichtregierungsorganisationen wie Finance Watch zielt daher in die richtige Richtung.

Erschienen in: Neues Deutschland, 20.08.2011